

Verabschiedet am 22. Juni 2020 durch den Parteivorstand der FDP.Die Liberalen

COVID-19: Fokus Sicherheit

Gemeinsam weiterkommen

Eine langanhaltende zivile Krise birgt stets das Potenzial, zu einer Sicherheitskrise auszuwachsen. Deshalb braucht es zwingend eine strategische Reserve, die im Krisenfall die zivilen Behörden und Blaulichtorganisationen subsidiär unterstützen kann. Die Corona-Krise hat dies bestätigt. Im Rahmen der Covid-Krise stellte die Armee als strategisches Reserveelement unter Beweis, dass sie sich schnell, effektiv und unbürokratisch mobilisieren lässt. Im Zusammenspiel mit dem Zivilschutz konnten die miliz-Sicherheitsorganisationen den zivilen Behörden rasch die benötigte Unterstützung zukommen lassen. Die FDP setzt sich auch in Zukunft für starke Milizverbände ein. Die entscheidende Herausforderung in der Sicherheitspolitik wird nun sein, den Fokus nicht einzuengen auf die Bekämpfung von Pandemien. Für die FDP ist klar, dass eine seriöse Sicherheitspolitik immer die gesamte Bandbreite möglicher Bedrohungen im Blickfeld haben muss. Überdies muss sie langfristig und losgelöst von der aktuellen Lage ausgerichtet sein. Kurz: Sicherheitspolitik muss das Udenkbare denken.

1. Herausforderungen

- › Die Corona-Krise zeigt, wie eine Pandemie die zivilen Behörden und die Blaulichtorganisationen überlasten kann, wenn es krankheitsbedingt zu vielen Personalausfällen kommt. Diese Gefahr besteht auch bei einer zweiten Welle.
- › Die Herausforderungen im Sicherheitsbereich bestehen vor allem in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherung der Grenzen, wenn – wie im Falle einer Pandemie – Grenzschiessungen notwendig werden.
- › Während der Corona-Krise ist es zu keiner systematischen Unterversorgung der Bevölkerung gekommen. Jedoch gab es einen Mangel an Schutzmaterial, insbesondere an Schutzmasken. Schutzmaterial muss für die breite Bevölkerung zugänglich sein, um sich und andere an Orten mit hohem Personenaufkommen (z.B. ÖV) schützen zu können.
- › Es gibt eine Tendenz dazu, stets die letzte Krise vorzubereiten, anstatt die nächste Krise zu planen. Das dürfte zu politischen Bestrebungen führen, die Armee einseitig auf Aufgaben des Pandemie- oder Bevölkerungsschutzes auszurichten und dabei die eigentliche Verteidigungsaufgabe zu vernachlässigen. Dieser Tendenz zu begegnen, wird in den kommenden Monaten eine politische Herausforderung darstellen.
- › Armee und Zivilschutz haben in der Corona-Krise die Behörden rasch und gut subsidiär unterstützt. Damit dies in Zukunft möglich bleibt, müssen die Personalbestände bei Armee und Zivilschutz langfristig gesichert werden. Für diese grosse Herausforderung braucht es endlich Lösungen.

2. Bisherige parlamentarische Interventionen der FDP

- › Die FDP steht für eine starke Armee ein. Sie hat sich im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee ([14.069](#)) für die Wiedereinführung der Mobilmachung, die sich jetzt als entscheidender Faktor erwiesen hat, und für einen jährlichen Finanzrahmen von fünf Milliarden Franken ausgesprochen. Die FDP setzt sich zudem im Rahmen der jährlichen Beratung der Armeebotschaft für genügend Ressourcen ein.
- › Die FDP befürwortet eine Armee, die breit aufgestellt ist und unterschiedlichen Gefahrenszenarien begegnen kann. Ein Erfolg der FDP ist die Stärkung der Cyber-Abwehr innerhalb der Armee ebenso wie innerhalb der zivilen Behörden. Ihre erfolgreichen parlamentarischen Vorstösse dazu werden nun vom Bundesrat umgesetzt ([17.3507](#); [17.3508](#)).
- › Die FDP engagiert sich auf allen Feldern der Sicherheitspolitik, auch im Feld der inneren Sicherheit. Die FDP fordert schon lange griffigere Massnahmen zur Terrorbekämpfung ([15.407](#)). Dank dem ständigen Druck der FDP wird nun das Antiterror-Dispositiv verstärkt.
- › Die Pflichtlagersituation hat sich in der Corona-Krise als teilweise mangelhaft herausgestellt. Die FDP setzt sich für eine Überprüfung der Pflichtlager resp. der zu lagernden Materialien wie Schutzmaterial und Medikamente ein. Sie hat dazu erfolgreich verschiedene Vorstösse eingereicht ([20.3238](#); [20.3241](#)).
- › Die FDP fordert eine Analyse der operativen Krisenführungsstrukturen. Zu prüfen ist insbesondere der Bedarf nach einem permanenten Bundesführungsstab auf operativer Ebene ([20.3478](#)).
- › Die FDP hat die Probleme bei der Alimentierung der Bestände der Armee und des Zivildienstes erkannt und engagiert sich in den Sicherheitspolitischen Kommissionen und im Parlament für entsprechende Lösungen ([19.3851](#); [18.3180](#); [17.3002](#)).
- › Dank der steten Druckausübung der FDP auf den Bundesrat wurden in den letzten Jahren neue Stellen beim Grenzwachtkorps (GWK) geschaffen. Die FDP setzt sich für ein personell und materiell stark bestücktes GWK ein ([15.3901](#)).

3. Unsere mittel- & langfristigen Forderungen

- › **Resilienz steigern, vorsorgen für die nächste Krise:** Die Corona-Pandemie zeigt mit aller Deutlichkeit wie wichtig Vorsorge ist. Die Schweiz ist gut beraten, nicht nur die nächste Pandemie vorzubereiten, sondern für alle wahrscheinlichen Krisenszenarien zu planen. Neben der Pandemie sind dies beispielsweise ein flächendeckender Stromausfall, Cyberangriffe oder Terroranschläge. Es gilt, die dafür nötigen Vorkehrungen zu treffen resp. das entsprechende Sicherheitsdispositiv abzusichern. Eine Verengung der Gefahrenabwehr rein auf Pandemien ist keine Option.
- › **Starke und moderne Milizarmee sicherstellen:** Die Schweiz braucht keine Pandemie-Armee wie einige Kreise jetzt wünschen, sondern eine modern ausgerüstete Milizarmee, die ihren Kernauftrag der Verteidigung erfüllen, auf alle Arten von Bedrohungen reagieren und während Krisen als strategische Reserve auftreten kann. Die Alimentierung der Armee ist sicherzustellen.
- › **Hauptsysteme der Armee erneuern und Arbeitsplätze sichern:** Durch die Corona-Pandemie hat sich die Bedrohungslage nicht verändert. Die Hauptsysteme in der Luft und am Boden sind zwingend zu erneuern. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, eines Bodluf-Systems und die Erneuerung der Hauptsysteme am Boden werden mit Offset-Geschäften kompensiert. Damit werden Aufträge im Umfang von 12,6 Milliarden Franken vergeben, die unsere Wirtschaft gerade in der Post-Corona-Zeit gut gebrauchen kann. Damit können Arbeitsplätze in unserem Land erhalten werden.
- › **Genügend Personal im Zivilschutz:** Der Zivilschutz hat sich in der Corona-Krise verdient gemacht und seine Bedeutung unterstrichen. Jedoch ist seine personelle Alimentierung gefährdet. Dem besorgniserregenden Personalmangel ist endlich effektiv zu begegnen. Es sind die Voraussetzungen zu prüfen, damit Zivildienstleistende Einsätze im Zivilschutz absolvieren können.
- › **Zivildienst im Ereignisfall anbieten:** Der Zivildienst ist bei einer zivilen Gesundheitskrise stärker in die Pflicht zu nehmen, da viele Zivildienstleistende über eine Grundausbildung in der Pflege verfügen. Wegen der losen Organisationsstruktur können allerdings keine grösseren Einheiten mobilisiert werden. Die schlanke Organisationsstruktur ist grundsätzlich beizubehalten, denn sie sorgt in der normalen Lage

für einen effizienten und günstigen Betrieb. Es müssen aber die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um im Ereignisfall grössere Einheiten mit Pflegeerfahrung rasch aufbieten und ihrem Einsatzort zuweisen zu können. Dazu ist ein Einsatzpool zu schaffen, der in Krisensituationen aktiviert werden kann. Darüber hinaus ist die medizinisch-pflegerische Grundbildung im Zivildienst zu stärken.

- › **Permanenter operativer Bundesführungsstab für alle Krisen:** Die operativen Herausforderungen während der Corona-Krise zeigen die Notwendigkeit eines permanenten operativen Bundesführungsstabs mit entsprechenden Kompetenzen. Der existierende Stab Bevölkerungsschutz (BSTB) hat sich zwar verdient gemacht, liegt aber auf einer zu tiefen Funktionsebene, um Führungswirkung im Sinne eines Krisenstabs zu entfalten. Der permanente Krisenstab sichert auch den Übergang vom Krisen- zum langfristigen Risikomanagement.
- › **Parlamentarisches Risikomanagement stärken:** Das Parlament ist in Zukunft stärker in das Risikomanagement einzubeziehen. Die bestehende Arbeitsgruppe Risikoreporting der Geschäftsprüfungskommission ist vergangenheitsbezogen. Das zukunftsgerichtete Risikomanagement im Parlament ist deshalb zu stärken, entweder im Rahmen der bestehenden Strukturen oder mittels einer Anpassung der Strukturen,
- › **Pflichtlager überprüfen:** Die Pflichtlager spielen eine wesentliche Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern. Es gab während der Corona-Krise keine Unterversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Hingegeben hat die Krise Mängel bei der Versorgung mit Schutzmasken, Desinfektionsmitteln und anderem medizinischem Verbrauchsmaterial sowie gewissen Medikamenten offengelegt. Im Nachgang zur Covid-Krise ist eine schonungslose Analyse der Pflichtlagersituation angezeigt.
- › **Genügend Ressourcen für das Grenzwachtkorps:** Das Grenzmanagement hat in der Krise gut funktioniert und die Schengen/Dublin-Verträge haben sich bewährt. Grenzschiessungen sind eine *Ultima-ratio*-Massnahme, die das GWK mit subsidiärer Unterstützung der Armee bestens gemeistert hat. Das GWK ist aber auch in normalen Zeiten auf genügend Ressourcen und Personal angewiesen. Es spielt eine entscheidende Rolle in der Sicherheitsarchitektur der Schweiz, etwa zur Verhinderung von Kriminaltourismus oder bei der Kanalisierung von Migrationsströmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die nächste grössere Krise eine Migrationskrise sein wird, ist gegeben.